

Internationale Freigeistige Rundschau 4/2013

Europa

Deutschland

I (4450) **Hannover**. Die Mitgliederzahl der evangelischen Landeskirchen ist im vergangenen Jahr deutlich stärker geschrumpft als die der katholischen Diözesen. Das geht aus einer Umfrage der konservativen Evangelischen Nachrichtenagentur *idea* bei den Landeskirchenämtern hervor. Die 20 Mitgliedskirchen der EKD hatten zum 31. Dezember 2012 rund 23,362 Millionen Mitglieder. Das sind 258.000 weniger als im Vorjahr, was einen Rückgang um 1,1 Prozent bedeutet. Als Hauptgrund für das Minus wird die „negative Bevölkerungsentwicklung“ angegeben, dabei stieg die Bevölkerungszahl in 2012 sogar um etwa 196.000. Der eigentliche Hauptgrund ist also neben den (2012 relativ moderaten) Kirchenaustritten die massive Überalterung: Während unter den Verstorbenen fast 40 Prozent evangelisch waren, wurden unter den Neugeborenen nur etwa 25 Prozent evangelisch getauft. Die katholische Kirche hat 2012 „nur“ 133.000 Mitglieder verloren, was allerdings bedeutet, dass selbst nach den umstrittenen und für die Kirchen günstigen Schätzzahlen des Zensus vom Mai 2011 die katholische Kirche einen Anteil von nur noch 29,36 und die evangelische von 29,12 Prozent haben. (*idea*, 30.11.13; *MIZ*-Eigenrecherchen)

I (4451) **Berlin**. Nicht nur das Programm der neuen Bundesregierung, sondern auch die Minister liegen durchweg auf kirchlicher Linie. Von den 14 Regierungsmitgliedern sind acht (einschließlich Merkel) evangelisch und sechs katholisch. Bei den C-Parteien war dies zu erwarten, aber nun ist auch die SPD total auf die gleiche Linie eingeschwenkt. Steinmeier ist evangelisch-reformiert und soll 2019 Kirchentagspräsident werden, Gabriel ist ebenfalls überzeugt evangelisch, Schwesig ließ sich vor drei Jahren taufen und trat in die evangelische Kirche ein. Arbeitsministerin Nahles ist bekennende Katholikin, Justizminister Maas ist ebenfalls katholisch und Umweltministerin Hendricks gehört sogar dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken an. Sämtliche Regierungsmitglieder benutzten die religiöse Variante der Eidesformel. (*MIZ*-Eigenrecherchen)
Anm. *MIZ*-Red.: Deutlicher hätte die SPD nicht signalisieren können, dass sie mit den Konfessionslosen nichts zu tun haben will. Völlig unlogisch ist das nicht, denn beide fahren beim Publikumszuspruch in unterschiedliche Richtungen: Während der Anteil der Konfessionsfreien jährlich um etwa 0,5 Prozentpunkte wächst, sinkt der SPD-Anteil bei Wahlen zwar nicht regelmäßig, aber doch in Wellenbewegungen auf bundesweite Werte um derzeit 25 Prozent. Und die schrumpfende Mitgliederzahl, Überalterung der Wählerschaft sowie die wachsende Konkurrenz durch Grüne, Linke, Piraten und andere belegen, dass die SPD die Talsohle noch lange nicht erreicht hat.

I (4452) **Düsseldorf**. Die kirchliche Sexualmoral spielt für neun von zehn katholischen Jugendlichen keine Rolle. Das ergab eine Online-Umfrage des *Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)*. An ihr beteiligten sich nach Angaben des Verbands knapp 10.000 meist besonders kirchlich engagierte Menschen. Die Umfrage mache deutlich, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen die kirchliche Meinung zu Ehe und Familie zwar kennen, mehrheitlich aber kritisch sähen, sagte *BDKJ*-Bundesvorsitzender Tänzler. Die in allen deutschen Bistümern ausgewerteten, aus dem Vatikan stammenden Fragebögen zu Ehe, Familie und

Sexualmoral ergeben dem Vernehmen nach bei katholischen Erwachsenen ein ähnliches Bild. (*Radio Vatikan*, 18.12.13, Pressemitteilung des *BDKJ*, 17.12.13)

I (4453) **Berlin**. Die Grünen wollen künftig ihre Kontakte mit kleineren Religionsgemeinschaften intensivieren, aber die Konfessionsfreien außen vor lassen. Volker Beck ist künftig nicht mehr „kirchenpolitischer“, sondern „religionspolitischer“ Sprecher seiner Fraktion im Bundestag. Er unterstrich gegenüber *Radio Vatikan*, dass sich der Titel geändert habe, weil auch Muslime und Juden angesprochen werden sollen. „Der religionspolitische Sprecher ist Ansprechpartner für die christlichen Kirchen, aber auch für die islamischen Gemeinschaften und für die jüdische Religionsgemeinschaft.“ Und weiter: „Wir Grünen wollen die Kirche, aber auch die Synagoge und die Moschee, im Dorf lassen. Dies kommt in dem kürzeren Titel besser zum Ausdruck.“ Die Konfessionsfreien wurden nicht erwähnt. (*Radio Vatikan*, 22.12.13)

I (4454) **Hamburg**. Die neuesten Untersuchungen zur Religiosität der Deutschen, die vom *Spiegel* ausgewertet wurden, bestätigten die Abkehr von der herkömmlichen Religion. Nur 54 % der Westdeutschen und 23 % der Ostdeutschen glauben, „dass Gott, Gottheiten oder etwas Göttliches existieren“ (insgesamt 49 %). Einen personalen Gott stellt sich davon aber nur ein relativ geringer Teil vor. Andererseits legt der Artikel nahe, dass ein ziemlich großer Teil der Bevölkerung nicht frei von abergläubischen Vorstellungen ist. Ob diese Reaktionen aber nur Folge frühkindlicher Verunsicherungen sind, lässt sich (noch) nicht sicher feststellen. (*Der Spiegel*, 24.12.13)

I (4455) **München**. Ebenso wie der Papst haben auch viele deutsche Bischöfe an Weihnachten die Not der Asylbewerber in Mitteleuropa thematisiert und den Staat zum Handeln aufgerufen. Kein einziger Würdenträger zeigte sich aber bereit, in die eigene Schatulle zu greifen und wenigstens einen kleinen Teil des Kirchenvermögens für die Flüchtlinge zu opfern. Dabei rief z.B. der Osnabrücker Bischof die Christen auf, sich nicht mit den Nöten in der Welt abzufinden. Gerade sie hätten den Auftrag, ihre Stimme zu erheben und sich einzumischen gegen Unrecht und Menschenverachtung. Von einer Aufforderung zur tätigen Hilfe oder einer Bereitschaft der Kirche, sich finanziell an der Linderung der Not zu beteiligen, war aber auch bei ihm nichts zu hören. (*Radio Vatikan*, 26.12.13)

I (4456) **Trier**. Die katholische Kirche in Deutschland hat seit dem Bekanntwerden von Missbrauchsfällen rund sechs Millionen Euro Entschädigung an die Opfer gezahlt. Laut *dpa* wurden bislang insgesamt 1.300 entsprechende Anträge bei der Koordinierungsstelle der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) gestellt. Im Durchschnitt seien pro bewilligten Fall knapp 5.000 Euro gezahlt worden. Inzwischen soll die Zahl der neu eingereichten Anträge nur noch gering sein, doch kommen immer noch Meldungen. Ein erheblicher Teil der Geschädigten hat jedoch offenbar ganz auf einen Antrag verzichtet, zumal die formale Prozedur vielen recht bürokratisch erscheint. Ursprünglich hatten die Kirchen 40 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die sie sich jetzt aber klammheimlich zum großen Teil sparen wollen. (*Salzburger Nachrichten*, 29.12.13)

I (4457) **Münsterschwarzach**. Der deutsche Theologe und Psychotherapeut Wunibald Müller hat sich in einem Schreiben an den Papst für eine Aufhebung des Zölibats eingesetzt. „Die Tür dazu ist nicht geschlossen. Sie ist lediglich angelehnt. Es liegt an Ihnen, ob sie geöffnet wird. Öffnen Sie die Tür!“, schrieb Müller, der sich vor allem um Geistliche in Lebenskrisen kümmert. Bei seiner Arbeit sei er in 25

Jahren vielen Priestern begegnet, die sich „aufgrund des geforderten zölibatären Lebensstils in einer großen seelischen Not befinden“.

Geistliche, die am Zölibat scheiterten, stünden nur vor der Alternative, ihr Priesteramt zu verlassen oder im Amt zu bleiben und im Geheimen sexuelle Beziehungen zu pflegen. Eine im Dunkelraum praktizierte Sexualität könne sich jedoch nicht entfalten und sei deshalb „in besonderer Weise auch anfällig für psychisch und spirituell ungesunde Verhaltensweisen, die das zölibatäre Leben eher verdunkeln und in Misskredit bringen“, betont der Psychotherapeut. Er bestätigt damit indirekt, dass Zölibat und sexuelle Perversion (einschließlich Missbrauch) sehr wohl in direktem Zusammenhang stehen. (*Süddeutsche Zeitung*, 29.12.13)

I (4458) **Berlin**. Kirchliche Arbeitgeber können sich nicht mehr regelmäßig auf den Tendenzschutz berufen. Das Berliner Arbeitsgericht hat nun entschieden, dass die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) einer konfessionslosen Bewerberin eine Entschädigung zahlen muss. Das Gericht befand die Kirche schuldig, die Frau ohne hinreichenden Grund benachteiligt zu haben. Die Arbeitsstelle bei einem Werk der EKD, auf die sich die Frau beworben hatte, sollte eine unabhängige Bewertung der Umsetzung der Antirassismus-Konvention der Vereinten Nationen in Deutschland leisten. Hierfür sei jedoch keine konfessionelle Bindung erforderlich, so das Gericht. Diese sei nur nötig, wenn eine "wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte berufliche Anforderung" der Stelle diese verlange. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.1.14)

I (4459) **Stuttgart**. Die „Leitprinzipien“ für den Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg sind bei den christlichen Kirchen auf Kritik gestoßen. Seit Wochen beraten die Kirchen in Baden-Württemberg mit dem Kultusministerium, dem Landesinstitut für Schulentwicklung und den politischen Verantwortlichen über den zukünftigen Bildungsplan. In einer gemeinsamen Erklärung stellten die Vertreter der evangelischen Landeskirchen und der katholischen Kirche in Baden-Württemberg nun ihre Grundsätze vor: Der Bildungsplan müsse auf Werten wie Weltoffenheit, Toleranz und Respekt vor jedem Menschen basieren. Hinter diesen positiv klingenden Worten verbirgt sich jedoch eine harte Ablehnung einer vorurteilsfreien Auseinandersetzung mit Homosexualität und „familiären Lebensentwürfen“, die vom christlichen Familienbild abweichen. Dies bezeichnen die Kirchenvertreter als „Ideologisierung“ und „Indoktrination“. Kritiker wandten allerdings ein, dass die Kirchen damit genau das Gegenteil von Weltoffenheit, Toleranz und Respekt vor Andersdenkenden vertreten. (*gemeinsame Pressemitteilung der evangelischen und der katholischen Kirchen in Baden-Württemberg*, 10.1.14)

Anm. MIZ-Red.: Im Internet wandten sich schon binnen der drei ersten Tage 50.000 Unterzeichner gegen diese Einmischung der Kirchen in die allgemeine Bildungspolitik.

I (4460) **Augsburg**. Die Katholische Kirche sinkt immer tiefer. Nach den dubiosen Finanztransaktionen der Vatikanbank, dem Missbrauchsskandal und zuletzt der Verschwendungssucht des Bischofs Tebartz-Van Elst kommt ihr nun auch noch das *Weltbild* abhanden.

Der Buchhandels- und Verlagskonzern, der zuletzt einen Jahresumsatz von 1,6 Milliarden Euro hatte, musste Insolvenz anmelden. Die Rettungsaussichten werden als schlecht beurteilt, denn nach dem enttäuschenden Weihnachtsgeschäft braucht der Konzern, der (nach jahrelangen Gewinnen im dreistelligen Millionenbereich) zuletzt rote Zahlen geschrieben hatte, nicht mehr 60, sondern mindestens 130 bis 160 Millionen Euro zur Sanierung. Überdies müssen 190 Millionen € Bankverbindlichkeiten getilgt werden. Das war den kirchlichen Eigentümern zuviel,

sodass sie neue Einlagen ablehnten, obwohl sie zuvor jahrelang dicke steuerfreie Gewinne eingefahren hatten. Dass sie damit auch die 6800 Beschäftigten (nach dem Sachstand direkt vor *MIZ*-Redaktionsschluss) ihrem Schicksal überlassen wollten, stieß weithin auf Unverständnis. Selbst der tiefkatholische Augsburger Oberbürgermeister Gribl (CSU) sieht nun die Kirche in der moralischen Pflicht gegenüber den Beschäftigten. Die Gewerkschaft *verdi* kritisierte die auch für sie völlig überraschend gekommene Insolvenz mit harten Vorwürfen an die Kirche. Die Beschäftigten wurden erst offiziell informiert, nachdem die Presse den Schritt schon vorangekündigt hatte.

24,2 % des Konzerns gehören dem Verband der deutschen Diözesen, 13,2 % der Erzdiözese München und Freising, 11,7 % der Diözese Augsburg. Wesentlich kleiner sind die Prozent-Anteile der Diözesen Fulda (6,8), Bamberg, Würzburg, Regensburg und Passau (je 5,7), Trier (4,3), Aachen (4,2), Eichstätt (3,4), Freiburg (2,7) und Münster (2,4). Die restlichen 4,3 % besitzt die Soldatenseelsorge Berlin. (*Augsburger Allgemeine*, 11.1.14, *Süddeutsche Zeitung*, 11.1.14)

Italien

I (4461) **Rom**. Der vatikanische Staatssekretär Pietro Parolin hat katholische Lehrer in Italien dazu ermutigt, die Verfassung zu brechen, die auch in Italiens Schulwesen die weltanschauliche Neutralität (außerhalb des freiwilligen Religionsunterrichts) vorsieht. „Ich ermutige euch den Schulbereich weiter mit dem Sauerteig des Evangeliums und der christlichen Werte zu beleben, um zum menschlichen, kulturellen und spirituellen Wachstum der neuen Generationen beizutragen“, schrieb Parolin in einem Brief an die *Vereinigung der Katholischen Lehrer Italiens* (AIMC) anlässlich deren Nationalkongress in Rom. In einem „unter verschiedenen Gesichtspunkten schwierigen Moment“ trage die Vereinigung „mit Entschiedenheit“ zur Lehrerausbildung sowie zum Wohl der ganzen italienischen Gesellschaft bei, behauptete der Staatssekretär. (*Radio Vatikan*, 5.1.14)

Österreich

I (4462) **Wien**. SPÖ und ÖVP haben sich bei den Regierungsverhandlungen darauf geeinigt, das Verbot von Sterbehilfe in der Verfassung zu verankern. Gleichzeitig solle ein Anspruch auf palliativmedizinische Sterbebegleitung durch ein normales Gesetz festgeschrieben werden. Damit würde Österreich in einer sensiblen gesellschaftspolitischen Frage einen gegensätzlichen Weg zum vorherrschenden europäischen Trend gehen. Erfreut über die Einigung zeigt sich Caritas-Präsident Landau. Er hoffe, dass von der neuen Regelung ein Signal ausgehe, die entsprechende medizinische Infrastruktur rasch auszubauen. Vor allem gelte es nun, diesen Richtungswechsel in den Alltag der Senioren- und Pflegeheime zu übertragen. (*Wiener Zeitung*, 30.11.13)

I (4463) **Wien**. Das säkulare Drittel der Österreicher ist nach Auffassung des Bundeskanzlers Faymann für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unwichtig. Bei einem Empfang von Amtsträgern der anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften, von dem die Vertreter der Nichtreligiösen von vornherein ausgeschlossen waren, würdigte Faymann die Zusammenarbeit des Staates mit Kirchen und Religionen und bezeichnete diese sogar als „Wert an sich“. Der soziale Zusammenhalt in dem Land benötige Respekt und die wechselseitige Anerkennung der Unterschiedlichkeit. Ausgerechnet dafür dankte Faymann den Kirchen im Bundeskanzleramt ausdrücklich. Dass Kardinal Schönborn sich namens der

Religionsvertreter für ein gutes Miteinander und ein „wechselseitiges Wohlwollen“ bedankte, ist unter diesen Umständen zu verstehen. (*kathpress*, 18.12.13)

Russland

I (4464) **Moskau**. Ministerpräsident Medwedew lehnt eine von religiösen Parlamentariern vorgeschlagene Erwähnung des orthodoxen Christentums in der Verfassung ab. Die Verfassung dürfe keine Religion begünstigen, sagte Medwedew in einem Interview: „Unsere religiöse Überzeugung soll man nicht mit unserem Parteiausweis verknüpfen.“ Kirchennahe Abgeordnete der Regierungspartei *Geeintes Russland* und der Mitte-Links-Partei *Gerechtes Russland* hatten verlangt, die Orthodoxie in der Präambel der Verfassung künftig als „Grundlage der nationalen und kulturellen Identität“ zu bezeichnen. In einer vor wenigen Tagen veröffentlichten Umfrage sahen 44 Prozent der Russen das orthodoxe Christentum als Staatsreligion an. Eine knappe Mehrheit von 46 Prozent erklärte, es gebe keine offizielle staatliche Religion. (*KNA*, 7.12.13)

I (4465) **Moskau**. Der orthodoxen Kirche geht selbst die seit 2013 geltende Rechtslage zu Homosexuellen nicht weit genug. Sie legte nun eine Volksbefragung mit dem Ziel nahe, homosexuelle Beziehungen überhaupt zu verbieten. Der Sprecher des Moskauer Patriarchats, Erzpriester Vsevolod Chaplin, meinte dazu: „Es wäre zweifellos lohnend, diese Frage in der Öffentlichkeit zu diskutieren, da ja die Macht in den Händen des Volkes liegt.“ Die „Mehrheit des Volkes“ und nicht „irgendwelche auswärtigen Kräfte“ müssten über diese Frage entscheiden. Chaplin reagierte damit auf den Vorschlag einer Volksabstimmung, den ein russisch-orthodoxer Priester publiziert hatte. Praktizierte Homosexualität galt in Russland bis 1993 als Verbrechen und bis 1999 als Geisteskrankheit. Seit vergangenem Jahr ist „Propaganda“ für Homosexualität gesetzlich verboten. (*Iswestija*, 9.1.14; *Agence France Presse*, 10.1.14)

Schweiz

I (4466) **Zürich**. Die Bischofskonferenz des Landes wandte sich in einer offiziellen Stellungnahme gegen den Entwurf des „Lehrplan 21“ der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz. Im Zentrum der Kritik steht der fehlende Schwerpunkt der jüdisch-christlichen Tradition. Seit Herbst 2010 wird für alle deutsch- und mehrsprachigen Kantone ein gemeinsamer Lehrplan für die Volksschule ausgearbeitet. Aus der Sicht der Bischofskonferenz sei es „selbstverständlich und notwendig, dass die öffentliche Volksschule einen wichtigen Beitrag zur religiösen Orientierung aller (!) Schülerinnen und Schüler zu leisten hat“. Die Grundlage für diese Volksschule müssten aber die jüdisch-christlichen Wertvorstellungen sein. Die Bischöfe fürchteten, dass der kirchlich-konfessionelle Religionsunterricht ganz aus der Schule verschwinde – zugunsten der „rein religionskundlichen Ausrichtung des Fachbereichs“. Tatsächlich gehören aber in der deutschsprachigen Schweiz 30 Prozent keiner christlichen Kirche an, sodass die Aufrechterhaltung einer kirchlichen Monopolstellung nicht überall auf Verständnis trifft. (*kipa*, 18.12.13)

I (4467) **Zürich**. Der islamische Extremismus in dem Alpenland hat Zulauf. Die relativ liberale evangelische Informationsstelle *Relinfo* in Zürich meldete zu Jahresbeginn, dass vermehrt junge Schweizer zu extrem konservativen islamischen Bewegungen des Salafismus übertreten. Noch gebe es zwar in der Schweiz nicht sehr viele Salafisten, doch müsse diese Richtung ernst genommen werden, so ein Experte: Ein

beträchtlicher Teil der Bewegung befürwortete den Jihadismus, der für die Erreichung seiner Ziele Gewalt bejahe. Es genüge, wenn sehr wenige „Gewalttäter“ aktiv würden. Einem Bericht der Schweizer Bundesbehörden aus dem Jahr 2013 zufolge vertritt vor allem der Verein *Islamischer Zentralrat Schweiz* (IZRS) „salafistische Werte“. (*kipa*, 5.1.14)

I (4468) **Bern**. Die katholische und die reformierten Kirchen haben sich Initiativen für mehr soziale Gerechtigkeit verweigert. Die Volksinitiative „1:12 - Für gerechte Löhne“ hatte verlangt, dass die bestbezahlten Kräfte eines Unternehmens höchstens 12 Mal mehr verdienen dürfen als die Angestellten mit dem niedrigsten Lohn und darüber eine Volksabstimmung erzwungen. Die Kirchen, die sich zuvor immer wieder unverbindlich für mehr Gerechtigkeit bei der Entlohnung ausgesprochen hatten, wollten sich aber dann entweder nicht mehr dazu äußern oder wiesen die Forderung brüsk zurück. Es sei nicht Sache der Kirche, Lohngrenzen zu bestimmen, hieß es etwa von Seiten der Schweizer Bischofskonferenz. Mit 65,3 Prozent Nein-Stimmen wurde die Volksinitiative schließlich abgelehnt. (*kipa* [= Katholische Internationale Presseagentur der deutschsprachigen Schweiz], 25.11.13)

Spanien

I (4469) **Madrid**. Wenige Tage vor Weihnachten hat die spanische Regierung einen Gesetzesentwurf vorgelegt, gemäß dem Abtreibungen auch innerhalb der ersten 14 Schwangerschaftswochen bis auf wenige Ausnahmefälle verboten sein werden. Nach dem Willen des konservativen Justizministers Ruiz-Gallardón soll nur nach einer Vergewaltigung, bei physischen und psychischen Problemen für die Mutter und tödlichen Missbildungen des Kindes dann noch eine Abtreibung möglich sein. Die Zustimmung des spanischen Parlamentes zum Gesetz „zur Verteidigung des Lebens“ gilt als sicher, da die konservative Volkspartei von Ministerpräsident Rajoy hier eine Mehrheit besitzt.

Die liberale Öffnung der vorangegangenen sozialistischen Regierung von José Rodríguez Zapatero würde dadurch vollständig zurückgenommen werden. Rajoy möchte mit dem verschärften Abtreibungsgesetz, das eines der striktesten in Europa wäre, ein Wahlversprechen einlösen. Die katholische Kirche Spaniens hatte ebenfalls zu einer Änderung gedrängt. Linke Politiker und Frauenverbände hatten dagegen vor Weihnachten gegen die Pläne der Regierung Rajoy demonstriert. (*Neue Zürcher Zeitung*, 20.12.13; *Der Tagesspiegel*, 24.12.13)

Ukraine

I (4470) **Kiew/Moskau**. Zwischen den orthodoxen Kirchen Russlands und der Ukraine gibt es erhebliche Spannungen, wobei beide massiv Politik machen. Das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill, betrachtet die Proteste in der Ukraine gegen Regierung und Präsidenten als Bedrohung für die „spirituelle Einheit“ Russlands und der Ukraine. Für ihn handle es sich um keine religiöse Botschaft, „wenn sich Menschen der Kirche vor den Absperrungen zusammenschließen, um die Demonstrierenden zu segnen“. Das Oberhaupt der ukrainisch-orthodoxen Kirche, Filaret, antwortete darauf abweisend: „Kyrill verteidigt die Idee einer russischen Welt und nicht die Idee einer Einheit. Es ist vielmehr die Idee eines Imperiums, verpackt in einer schönen Hülle.“ (*ansa*, [italienische Nachrichtenagentur], 9.1.14)

Anm. *MIZ*-Red.: Nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 hatte sich die orthodoxe Kirche in dem Land in drei Kirchen aufgespalten, die um die Vorherrschaft und um die Kontrolle von Kirchengebäuden und Immobilien im Land streiten. Dazu gibt es

auch eine mit Rom unierte griechisch-katholische Kirche, der ebenso wie den Atheisten etwa 10 Prozent der Bevölkerung zuzurechnen sind.

Vatikan

I (4471) **Aarau/Schweiz.** Ein ehemaliger Gardist der Schweizer Garde hat in einem Interview von zahlreichen Fällen sexueller Belästigung durch Geistliche im Vatikan berichtet.

Nach den Angaben des inzwischen ausgeschiedenen Soldaten sei er in seiner zweijährigen Dienstzeit fast zwanzig Mal von Priestern und Bischöfen mit Geschenken bedacht oder anzüglich angesprochen worden. Bei einem Essen mit einem Geistlichen des Kirchenstaates habe dieser ihn beispielsweise beim Auftragen des ersten Ganges mit den Worten "Und das Dessert bist dann du" belästigt haben. Die Angaben des anonym gebliebenen Schweizers untermauern (sogar nach Einschätzung von Radio Vatikan!) die These von einer "Schwulen-Lobby" im Vatikan, von der auch der Papst in einem Interview gesprochen hatte. Die Pressestelle der Schweizer Garde hingegen kommentierte die Berichte über sexuelle Annäherungen durch Kleriker damit, dass sie Probleme dieser Art rundweg bestritt. (*Aargauer Zeitung*, 5.1.14; *Süddeutsche Zeitung*, 6.1.14)

I (4472) **Vatikanstadt.** Der Vatikan will offenbar verhindern, dass der unter Verdacht des Kindesmissbrauchs stehende ehemalige Nuntius an dessen Heimatland Polen ausgeliefert wird. Der Heilige Stuhl dementierte entsprechende Berichte zwar, aber nur halbherzig. Die Staatsanwaltschaft Warschau habe von der Nuntiatur in Polen lediglich „einige Informationen bezüglich des Status des ehemaligen Nuntius der Dominikanischen Republik Jozef Wesolowski“ haben wollen, so Vatikansprecher Lombardi. Man könne also „absolut nicht von einem Auslieferungsantrag“ sprechen. Die Nuntiatur habe über den diplomatischen Status des Beschuldigten Auskunft gegeben. Im übrigen laufe auch eine Untersuchung der Glaubenskongregation zu Wesolowski, bestätigte Lombardi. (*Radio Vatikan*, 11.1.14)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (4473) **Sacramento.** Kaliforniens Bischofskonferenz hat allen Ernstes die Angehörigen aller (!) Glaubensrichtungen dazu aufgerufen, gemeinsam für Regen in dem US-Bundesstaat zu beten.

Als Begründung gaben die selbsternannten Regenmacher an, die staatlichen Wasserreservoirs hätten ein historisches Tief erreicht. Nach zwei dünnen Wintern in den letzten beiden Jahren sei dieser Winter einer der trockensten, die je verzeichnet wurden. Manche Städte würden sogar schon den Wasserverbrauch einschränken. Der Bischof von Sacramento und Präsident der Bischofskonferenz, Jaime Soto, schlug vor, Gott zu bitten, dass er „den Himmel öffnet und seine Gnade auf unsere Felder und Berge regnen lässt“. (*ap*, 8.1.14)

Anm. *MIZ*-Red.: Diese katholische Synthese aus afrikanischen Schamanen, indianischen Medizinmännern und europäischen Esoterikern entlarvt ihren Widersinn gleich selbst, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Mit dem Appell an *alle* irgendwie Religiösen gibt der Amateur-Medizinmann indirekt zu, dass er die Gebete Andersgläubiger für ebenso wirksam hält wie die der Katholiken. Aber wenn die Bischöfe schon an die Wirkung solcher Anrufungen Gottes glauben, müssen sie sich fragen lassen, warum sie dann nicht schon längst um Wasser gebetet haben.

Dadurch haben sie ja - nach ihrer eigenen Logik – die Dürre durch Unterlassung mitverschuldet.

I (4474) **Oklahoma City**. Neben einer Steintafel mit den Zehn Geboten wollen Satanisten in den USA dem Teufel ein Denkmal setzen. Sie berufen sich dabei auf die staatliche Gleichbehandlung der Religionen. Das Monument mit den jüdisch-christlichen Geboten vor dem Parlament des Bundesstaates Oklahoma hatten die Abgeordneten im Jahr 2009 mit großer Mehrheit beschlossen, obwohl dies eigentlich gegen die verfassungsmäßige Trennung von Staat und Religion verstößt. 2012 wurde es aufgestellt. Inzwischen hat die New Yorker Gruppe *Satanic Temple* rund 20.000 US-Dollar Spenden für die Teufelsstatue gesammelt. Der Entwurf sieht eine etwa zwei Meter hohe Teufelsfigur mit Widderkopf vor, zu dem zwei Kinder bewundernd aufschauen. Die Satanisten erhalten Unterstützung von der Amerikanischen Vereinigung für Bürgerfreiheit (ACLU). Sie klagt gegen die Tafel mit den Zehn Geboten. Zumindest stehe den Satanisten das gleiche Recht zu, ein Denkmal zu errichten. (*idea*, 10.1.14)

Lateinamerika

Brasilien

I (4475) **Rio de Janeiro**. Der letztjährige katholische Weltjugendtag geriet nicht nur publizistisch, sondern auch finanziell zum Fiasko. Gemäß einer Studie des Finanzcontrolling-Konzerns *Ernst&Young* hat das Treffen einen Verlust von rund 28,3 Millionen Euro erbracht. Die Erzdiözese Rio, Hauptorganisator des Spektakels, hat deshalb angeblich eine Immobilie verkauft. Durch Spenden und Lizenzverkäufe wurde ein Großteil der Kosten abgedeckt. Nun musste der Papst selbst in seine Schatulle greifen und die restlichen Schulden von 3,6 Millionen € begleichen. (*ansa*, 4.1.14)

St. Vincent und die Grenadinen

I (4476) **Kingstown**. Beim Treffen mit dem Regierungschef des Karibikstaates St. Vincent und die Grenadinen, Ralph Gonsalves, zeigte der Papst, welche Absichten er wirklich verfolgt. Offiziell teilte der Vatikan nach der Begegnung nur mit, die beiden hätten unter anderem über den Schutz des Lebens und der Familie gesprochen. Aus anderen Quellen wurde aber deutlich, dass es dem Papst um die Übernahme der katholischen Vorstellungen zu Ehe, Familienplanung und Abtreibung in dem Land ging. Dabei ist der Karibik-Kleinstaat keineswegs katholisch geprägt: Von den etwa 117.000 Einwohnern der Inselgruppe sind nur 10 Prozent katholisch. (*Radio Vatikan*, 19.12.13; *KNA*, 19.12.13; *ap*, 19.12.13)

Venezuela

I (4477) **Caracas**. Die katholische Kirche hat das Problem der grassierenden Gewalt zum Anlass genommen, ihren Einfluss wieder zu vergrößern. Sie erreichte ein Treffen „mit Spitzenvertretern beider Parteien“ (so die Sprachregelung der Katholischen Nachrichtenagentur *KNA*). Obwohl das Verhältnis von Staat und Kirche in Venezuela seit Jahren angespannt ist, habe man Themen für eine gemeinsame Zusammenarbeit gefunden, stellte die Kirche zufrieden fest. Innenminister Rodriguez nannte etwa Drogenprävention für Kinder und Jugendliche als ein Projekt „gemeinsamer Anstrengungen“. Den jüngsten Annäherungskurs zwischen Kirche und

Regierung hatte der neue Papst durch ein Treffen mit Staatspräsident Nicolas Maduro im vergangenen Jahr vorbereitet. (KNA, 9.1.14)

Anm. MIZ-Red.: In Venezuela gibt es jährlich 79 Tötungsdelikte auf 100.000 Einwohner, in Deutschland sind es 0,8. Doch bestand dieses Problem auch schon vor der Regierungszeit von Chaves.

Afrika

Ägypten

I (4478) **Kairo**. In der ägyptischen Verfassungskommission scheint sich der Grundsatzkonflikt zwischen Verfechtern eines säkularen und denen eines islamischen Staates zu wiederholen. Die Christen drohen jetzt, die Kommission zu verlassen, wenn 2014 neuerlich, so wie 2012, die Scharia als „vorrangige Rechtsquelle“ in die Präambel der neuen Verfassung Eingang finden sollte. Die Islam-Vertreter in der Kommission sind Lehrer der Al-Azhar-Universität und Vertreter der salafistischen Al-Nour-Partei. Sie drohen ihrerseits mit Rückzug, sollte sich in der Präambel die Erwähnung finden „Der ägyptische Staat hat einen zivilen Charakter“. Die Islam-Vertreter sehen darin einen Verweis auf die von ihnen abgelehnten „laizistischen und westlichen Werte“, wie die französisch-schweizerische katholische Nachrichtenagentur *apic* berichtete. Nachdem die Vertreter der koptischen, katholischen und anglikanischen Kirchen in der Verfassungskonferenz Ägyptens aufgrund dieser Änderungen mit ihrem Ausscheiden aus dem Gremium gedroht hatten, wurde nun ein Unterausschuss gebildet, der die umstrittenen Paragraphen neu formulieren soll. (*apic*, 25.11.13)

I (4479) **Kairo**. Die Übergangsregierung hat die Muslimbruderschaft offiziell als terroristische Vereinigung eingestuft. Die Gruppe sei für einen Anschlag in einer Stadt im Nildelta verantwortlich, so die Begründung. Bei dem Anschlag in Mansur waren mindestens dreizehn Menschen ums Leben gekommen, die Muslimbruderschaft bestreitet eine Täterschaft. Die Entscheidung der Übergangsregierung macht es möglich, Muslimbrüder wie den im Juli aus dem Amt vertriebenen früheren Präsidenten Mohamed Mursi wegen Mitgliedschaft in einer Terrororganisation anzuklagen. Gleichzeitig sinken damit die Chancen auf eine Versöhnung zwischen dem neuen Regime und der Muslimbruderschaft, die immer noch als bestorganisierte politische Kraft in Ägypten eingestuft wird. (*ap*, 26.12.13)

Asien

Indonesien

I (4480) **Jakarta**. Der christliche Vize-Gouverneur der Hauptstadt Jakarta, Basuki Purnama, fordert, die Angabe der Religion auf dem Personalausweis zu entfernen. Er möchte sich damit gegen religiöse Diskriminierung und für mehr Religionsfreiheit in Indonesien einsetzen. Noch ist jeder Staatsbürger dazu verpflichtet, eine der sechs anerkannten Religionen auf seinem Pass anzugeben. Neben dem Islam, dem Hinduismus, dem Buddhismus und dem Konfuzianismus erkennt der Staat die katholische und evangelische Kirche als Religion an. Befürworter der Pflicht zur Religionsangabe in Pässen wollen damit vor allem interreligiöse Hochzeiten verhindern. Ganz nebenbei ist dieser Eintrag auch eine Diskriminierung von

Nichtreligiösen, deren Existenzberechtigung damit in Frage gestellt wird. Genau dieser Aspekt interessiert den christlichen Politiker aber gar nicht. (*fides*, 6.1.14)

Israel

I (4481) **Tel Aviv**. Christliche Araber in Israel sollen künftig rechtlich von muslimischen Arabern unterschieden werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf brachte der Vorsitzende der Regierungskoalition und Likud-Abgeordnete Levin ein. Kritiker wandten ein, damit würden die Araber gespalten und eine bestimmte Gruppe gezielt bevorzugt. Levin behauptet hingegen, bislang seien aufgrund der deutlichen muslimischen Mehrheit unter den israelischen Arabern vor allem Anliegen der Muslime berücksichtigt worden. Nach Levins Plänen sollen christliche Araber eine eigene Minderheitenvertretung und sogar die Möglichkeit erhalten, im Ausweis ihre Religion als Nationalität eintragen zu lassen. Bislang steht dort lediglich „Araber“. (*KNA*, 9.1.14)

Anm. *MIZ-Red.* : Immer wenn Merkmale wie die Religion oder eine rassische Zugehörigkeit in den Pass eingetragen wird, ist damit eine Diskriminierung verbunden. Daher hat der Menschenrechtsausschuss des Europarats eine solche Praxis in Europa untersagt.

Malaysia

I (4482) **Genf**. Die Vereinten Nationen drängen die Regierung Malaysias, das Verbot der Benutzung des Wortes „Allah“ für die katholische Wochenzeitschrift *Herald* aufzuheben. Der Fall könnte weitreichende Auswirkungen auf andere religiöse Minderheiten in Malaysia haben, warnte der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Religionsfreiheit, Heiner Bielefeldt, am Montag in Genf. „Ein Staat hat nicht das Recht, religiöse Traditionen zu formen oder zu verändern“. Auch könne er „nicht für sich in Anspruch nehmen, „die verbindliche Autorität bei der Auslegung religiöser Quellen oder der Definition von Glaubensgrundsätzen zu sein“.

Ein Berufungsgericht in Kuala Lumpur hatte im Oktober das „Allah-Verbot“ des Innenministeriums für die malaiische Ausgabe des *Herald* bestätigt. Die malaiischen Christen benutzen seit der vor mehr als 400 Jahren veröffentlichten malaiischen Bibelübersetzung „Allah“ als das arabische Wort für Gott. (*KNA*, 25.11.13)

Anm. *MIZ-Red.*: Was der UN-Beauftragte für Menschenrechte und Religionsfreiheit in Malaysia (mit Recht) anmahnt, lässt er allerdings für Deutschland nicht gelten. Hier haben es sich die C-Parteien von Anfang an zur Aufgabe gemacht, im Staat „religiöse Traditionen zu formen“ und ihnen Vorrang zu verschaffen bzw. ihren Vorrang trotz veränderter Einstellung der Bevölkerung zu bewahren. Dass Bielefeldt hier mit zweierlei Maß misst, ist kein Zufall: Er ist ein mit dem Vatikan eng vernetzter katholischer Theologe, der seinen UNO-Posten nicht zuletzt der Diplomatie der Kurie verdankt.

Pakistan

I (4483) **Islamabad**. Das oberste Scharia-Gericht des Landes hat verfügt, dass gegen Personen, die der Blasphemie für schuldig befunden wurden, zwingend die Todesstrafe zu verhängen ist. Damit akzeptierte es eine Petition von islamischen Juristen. Die Richter nannten eine Verfügung im pakistanischen Strafrecht ungültig, die bislang für Blasphemie lebenslange Haft vorsieht. Beobachter sprechen von einem weiteren Zeichen für die fortschreitende Islamisierung Pakistans. Der Blasphemieparagraf im pakistanischen Recht wird häufig gegen Christen, aber vereinzelt auch gegen Atheisten eingesetzt. Bemerkenswert ist aber vor allem, dass

ein Scharia-Gericht die allgemeine Rechtsprechung des Landes korrigieren kann.
(*asianews*, 7.12.13)

Ozeanien

Australien

I (4484) **Canberra**. Mehr als 1.000 mutmaßliche Opfer sexuellen Missbrauchs haben im ersten Jahr der Untersuchungskommission in Australien ausgesagt. Das teilte das staatliche Gremium am ersten Jahrestag seiner Einsetzung durch die australische Regierung mit. Die Anhörungen zur Aufklärung des Umgangs von australischen Kirchen und weltlichen Institutionen mit Fällen von Missbrauch waren nicht öffentlich. 80 Zeugen, darunter Kardinal Pell von Sydney sowie Erzbischof Aspinall von Brisbane als Chef der anglikanischen Kirche, sagten den Angaben zufolge in öffentlichen Sitzungen aus. Die deutliche Mehrheit der behandelten Missbrauchsfälle fand nach Kommissionsangaben in kirchlichen Einrichtungen und religiösen Organisationen statt. Die Kommission wurde Anfang 2013 von der damaligen Premierministerin Gillard eingesetzt. Angesichts des öffentlichen Interesses widersetzten sich die Kirchen der öffentlichen Aufarbeitung nicht und gaben sich (notgedrungen) kooperationsbereit. (*KNA*, 9.1.14)